

Kostenloser öffentlicher Nahverkehr

ver.di lehnt einen kostenlosen ÖPNV nicht grundsätzlich ab, hält aber den Ausbau des Angebots und der Qualität für ein wirksameres Mittel, um Menschen zum Wechsel vom Auto in den ÖPNV zu bewegen. Vor Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs oder Preissenkungen wie einer 365,- Euro-Jahreskarte muss in jedem Fall zunächst die Finanzierung der Durchführung und auch der Infrastruktur ausreichend gesichert sein. Und auch der notwendige Ausbau bei zu erwartender höherer Auslastung muss finanziert werden. Der öffentliche Nahverkehr mit Bussen, U-Bahnen und Straßenbahnen wird etwa zu 49 % aus Fahrgeldeinnahmen finanziert. Diese müssten durch die öffentliche Hand verlässlich ersetzt werden. Da die allermeisten Kommunen dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, wäre die Beteiligung des Bundes in großem Umfang notwendig. „Kostenloser“ ÖPNV ist nicht wirklich kostenlos, sondern muss durch Steuern finanziert werden, also ebenfalls überwiegend auf Kosten der Bürger*innen.

ver.di fordert außerdem für die Beschäftigten in den betroffenen Bereichen Vertrieb und Marketing eine Beschäftigungssicherung und das Angebot adäquater Ersatzarbeitsplätze.

Eine nachhaltige Lösung der ohnehin schon heute schwierigen Finanzierungslage könnte durch die Einführung einer Unternehmensabgabe für den ÖPNV erreicht werden, wie die „Versement transport“ in Frankreich. Größere Unternehmen als Nutznießer des Nahverkehrs an dessen Finanzierung zu beteiligen, ist auch gerechtfertigt, da die Mehrheit der ÖPNV-Nutzer Auszubildende und Berufspendler sind.

Der versement transport (VT) ist eine Transportsteuer, die Kommunen oder Kommunalverbände in Frankreich zweckgebunden zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) von Arbeitgebern erheben können. Die eingenommenen Gelder können sowohl für den laufenden Betrieb als auch für Investitionen eingesetzt werden.

Siehe auch hier https://de.wikipedia.org/wiki/Versement_transport

Alternativ könnten die Verursacher des Klimawandels zur Kasse gebeten werden, um zu seiner Lösung beizutragen: Einnahmen aus CO₂-Zertifikaten oder eine mögliche CO₂-Besteuerung könnte zweckgebunden dem öffentlichen Nahverkehr zugeführt werden.

Die Finanzierung des kommunalen Nahverkehrs steht nach wie vor auf wackeligen Beinen. Vielerorts gibt es inzwischen aufgrund der knappen kommunalen Haushaltslage zunehmende Schwierigkeiten nicht nur beim Erhalt der Anlagen wie Betriebshöfe, Signaltechnik oder Straßen- und U-Bahnanlagen oder Fahrzeugerneuerung, sondern auch in der Betriebsfinanzierung. Der Sanierungsstau im öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen beträgt inzwischen bundesweit über 4 Milliarden Euro. Dies können die Kommunen nicht alleine bewältigen.

